

# Blaue Post

NR. 17

ZEITUNG DER AFD-FRAKTION SACHSEN

KOSTENLOS



## Antifa verbieten und Förderung von Linksextremisten beenden Afd-Antrag

Die Afd-Fraktion stellte Anfang Juli den Antrag „Antifaschistische Aktion“ (Antifa) verbieten und die staatliche Förderung von Linksextremisten beenden“ zahlreichen Presse- und Medienvertretern vor. Der Antrag zeigt, dass ein Verbot der Linksextremisten sowohl juristisch als auch politisch notwendig ist. Die Existenz linksextremer Gewalt in Sachsen und Deutschland ist nicht zu leugnen, dass zeigen die Statistiken der Polizei und verdeutlichen die zahlreichen Anschläge auf „Andersdenkende“. Die Anzahl der Linksextremisten in Sachsen wird auf rund 775 Personen und bundesweit auf rund 28.500 Personen geschätzt, welche das Herzstück der Antifa-Gruppierungen bilden. Im letzten Jahr gab es in Sachsen 592 linksextremistisch motivierte Straftaten, davon waren 101 linksextremistisch motivierte Gewaltdelikte. Ein Großteil dieser Straftaten, insbesondere der Gewaltdelikte, ist auf die Akteure der Antifa-Gruppierungen zurückzuführen!

Die ‚Antifaschistische Aktion‘ samt all ihrer Untergruppen ist die Verkörperung dieser Gewalt schlechthin. Seit dem Einzug in die deutschen Parlamente, thematisiert die Afd die Probleme rund um den Linksextremismus. Die Afd-Fraktion im Sächsischen Landtag tut dies mit dem Antrag. Wir fordern ein Verbot von Gruppierungen, die sich durch Demokratie- und Verfassungsfeindlichkeit, Gewaltbereitschaft und Gewaltausübung auszeichnen. Die Antifa und andere Linksextremisten erhalten mitunter sogar staatliche Unterstützung. Das ergab meine Kleine Anfrage (6/12798) zu den sog. „StammtischkämpferInnen“. Diese ergab, dass u. a. die „DGB-Jugend Sachsen“ seit 2015 mit 257.997,15 Euro und die sog. „Naturfreundejugend Sachsen“ mit 264.063 Euro vom Freistaat gefördert wurden. Die „DGB-Jugend“ und die „Naturfreunde“ sind mitbeteiligt an dem sog. Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ (AgR), welches örtlich durch den Verfassungsschutz be-

obachtet wird bzw. wurde. Die finanzielle Unterstützung ist inakzeptabel und muss sofort beendet werden. Wir fordern von der Staatsregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die „Antifaschistische Aktion“ einschließlich aller Untergruppen und deren Kennzeichen bundesweit verboten werden.

Die Staatsregierung soll weiterhin veranlassen, dass linksextremistische Vereinigungen und Organisationen jegliche staatlichen Förderungen des Freistaates, egal ob direkt durch Geldmittel oder indirekt durch die Überlassung von Sachmitteln oder (Frei-)Räumen, ausgeschlossen werden und auf Bundesebene für die Beendigung der staatlichen Finanzierung von Linksextremisten einsetzen.



von  
Carsten **Hütter**  
Mdl

## Michael Kretschmer – Der Heuchler

Der MDR titelte vor wenigen Tagen: „Kretschmer stellt sich hinter Seehofer-Plan“. Zuvor erschien am gleichen Tag eine Umfrage zur Landtagswahl in Sachsen, die unsere AfD bei 24% sieht. In den letzten Wochen mussten wir eine tragische Mordserie an jungen Frauen ertragen. Frauen und Mädchen, die nicht hätten sterben müssen, wenn die CDU den Rechtsstaat 2015 nicht aus den Angeln gehoben und diesen Zustand jahrelang verteidigt hätte. Wie glaubwürdig der vermeintliche Kurswechsel des CDU-Ministerpräsidenten ist, mag jeder selbst bewerten. Ich kann sagen: Wer noch Ende letzten Jahres betonte, dass ein „Dichtmachen“ der Grenze nicht in Frage käme, wer eine Veranstaltung zu angeblicher „Islamfeindlichkeit“ mit Claudia Roth und Aiman Mazyek eröffnet, wer vor kurzem die linke Zeitgeist-Veranstaltung „Dresden is(s)t bunt“ besucht – auf der auch DITIB, Erdogans Religionsbehörde, an einem Tisch vertreten ist – der hat nicht verstanden und der wird auch nicht mehr verstehen.

Die CDU Sachsen schlingert kopflos von links nach rechts. Sie wird ihr sächsisches Bundestagswahlergebnis von 26,9% bei der Landtagswahl noch einmal unterbieten.

Unsere Bürgerpartei steht bereit, um Verantwortung zu übernehmen und das Desaster, was die CDU angerichtet hat, zu korrigieren. Grenzen schließen, illegale Einwanderer abschieben, Polizei und Justiz stärken, Geld für Schulen und Kitas statt für linke Zeitgeist-Projekte: Nächstes Jahr holen wir uns unser Land zurück. Ich freue mich darauf.

Jörg Urban, MdL



## EU-Kohäsionspolitik auf dem Prüfstand „Mehrjähriger Finanzrahmen“ nach 2020

Es hat sich herumgesprochen: Mit Großbritannien fällt der drittgrößte EU-Nettobeitragszahler (2016: 6,27 Mrd. €) zukünftig aus. Zur Einsicht, das Ausscheiden eines Mitgliedslandes führe zu Minderausgaben, gelangt EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger nicht. Er erwartet vielmehr von Deutschland höhere Beiträge zum EU-Haushalt! Mit mindestens 3 Mrd. € mehr aus Deutschland könne man die BREXIT-Lücke schließen und zusätzliche Aufgaben finanzieren. Man mag Herrn Oettinger nach vielen Jahren im „Raumschiff Brüssel“ ein Schweben in der Schwerelosigkeit zugutehalten – von beiden, die Bundesregierung tragenden Parteien, welche ja auch in Sachsen regieren, verlangen wir mehr Bodenhaftung.

Doch weit gefehlt: In vorausseilendem Gehorsam, unter Missachtung jeden Grundsatzes kluger Verhandlungsführung, schrieben CDU/SPD in ihrem Koalitionsantrag: „Wir sind zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit“. Die AfD-Fraktion lehnt dies entschieden ab!

Die Staatsregierung preist in ihrem Bericht zum Antrag den scheinbaren Segen der Kohäsionspolitik für Sachsen. In der laufenden Förderperiode erhalte Sachsen rund 2,8 Mrd. Euro aus EFRE und ESF. So weit so gut. Einen „EU-Mehrwert“ für Sachsen

erkenne ich darin trotzdem nicht, denn:

- Deutschland ist mit jährlich etwa 11 Mrd. € größter Nettozahler der EU.
- Während einer Förderperiode von 7 Jahren zahlt Deutschland also 77 Mrd. € mehr an die EU, als es von ihr bekommt.
- Teilt man diese 77 Mrd. € gleichmäßig unter allen 16 Bundesländer auf, dann ergibt sich pro Bundesland ein Betrag von etwa 4,8 Mrd. €.

Selbst bei gleichmäßiger Verteilung der Nettozahlungen Deutschlands auf alle 16 Bundesländer – ohne Rücksicht auf deren wirtschaftlichen Entwicklungsstand – hätte Sachsen somit mehr Geld für eigene Zwecke zur Verfügung, als es von der EU bekommt! Wir könnten ohne Umverteilung über EU-Kanäle zudem freier und unbürokratischer über die Verwendung der Gelder entscheiden. Zuschüsse für teure Beratungsleistungen, wie man an die EU-Töpfe gelangt, entfielen.

Ein „weiter-So und „Noch-mehr“ in der Kohäsionspolitik wird es mit uns in Regierungsverantwortung nicht geben.



von  
Mario **Beger**  
MdL



Symbolbild: Brexit

## Hochwasseropfer brauchen Hilfe und keine Bürokratie

Wer einmal Opfer eines Hochwasser wurde, der weiß, dass schnelle Hilfe nötig ist und keine Auseinandersetzung mit Formularen, Vorschriften und Anträgen. Wie behindernd unsere Bürokratie mittlerweile ist, verdeutlicht eine Auskunft der Staatsregierung. Bislang wurden nach dem Hochwasser 2013 von 7100 kommunalen Maßnahmen lediglich 4312 vollständig abgeschlossen. Von den freigegebenen Geldern wurden mit 659 Millionen Euro etwas mehr als die Hälfte ausgezahlt.

Hier zeigt sich wieder einmal, dass die Schadensbeseitigung zu lange dauert. Fünf Jahre nach dem letzten großen Hochwasser wurden seitens der Kommunen nur 54 Prozent aller bewilligten Mittel abgerufen und etwas mehr als die Hälfte aller Maßnahmen umgesetzt. Das ist einfach zu wenig. Hier arbeiten die Behörden zu langsam. Ein Grund ist mit Sicherheit die ausufernde Bürokratie, die mehr lähmt als lenkt.

Wenn Vorschriften mehr verhindern als nützen, dann können wir darauf verzichten. Hochwasserschutz geht vor Bürokratie. Die Bürger und die Kommunen müssen schnell Hochwasserschäden beseitigen und Schutzmaßnahmen gegen neue Fluten ergreifen können. Die zerstörte Infrastruktur muss schnell wieder aufgebaut werden. Hier erscheint die Auszahlung nach dem sogenannten Erstattungsprinzip für finanzschwache Kommunen eher hinderlich, da diese die Baukosten nicht vorfinanzieren können.

Wir von der AfD-Fraktion fordern, dass die Verfahren vereinfacht und Infrastrukturmaßnahmen weniger bürokratisch umgesetzt werden.



von  
Dr. Rolf **Weigand**  
MdB



Symbolbild: Hochwasser Elbe

## Bienen brauchen Schutz, keine „halbgaren Lösungen“

Die lebenswichtigen Bienen erfahren zu Recht aktuell eine mediale Aufmerksamkeit. In der letzten Landtagsdebatte vor den Sommerferien fand die Zweite Beratung des Entwurfs „Gesetz zum Schutz von Belegstellen für Bienen im Freistaat Sachsen“ Drucksache 6/12593 statt. Bereits in der öffentlichen Anhörung am 13. April waren sich alle Sachverständigen einig: „Ja, wir brauchen den staatlichen Belegstellen-



Symbolbild: Bienezüchter

schutz!“ Aktuell gibt es etwa 10 Belegstellen für Bienen in Sachsen. Die werden aber nicht staatlich geschützt, sondern allein von den Verbänden betrieben und diese müssen sich mit den Imkern innerhalb des Schutzbezirktes abstimmen.

Die Frage ist nur – wie soll dieser staatliche Schutz jetzt konkret ausgestaltet werden? Es wäre schön gewesen, wenn sich die Staatsregierung in ihrem Entwurf an Thüringen orientiert hätte, das den staatlichen Belegstellenschutz sehr Imkerfreundlich ausgestaltet hat.

In Thüringen arbeiten die zuständigen Behörden mit dem Landesverband Thüringer Imker e.V. Hand in Hand zusammen. Eine ganzheitliche Einbindung des Landesverbandes Sächsischer Imker e.V. fehlt in diesem Gesetzentwurf der Staatsregierung völlig. Aber gerade das halten wir für extrem wichtig! Während in Thüringen auf ein Einvernehmen aller Beteiligten abgezielt wird, steht in Sachsen die staatliche Regulierung im Mittelpunkt.

Belastend kann dies für diejenigen Imker werden, deren Bienenvölker innerhalb des Schutzbezirktes stehen und die nicht der Zuchttrasse angehören, die in der Belegstelle gezüchtet werden.

Diesen Imkern räumt dieser Gesetzentwurf lediglich die „Gelegenheit zur Stellungnahme“ ein – so werden die Interessen der Belegstellenbetreiber bevorzugt.

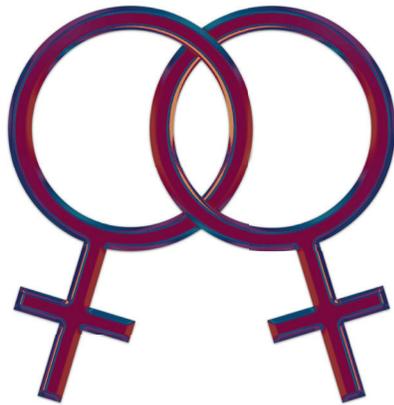
Wir haben als AfD-Fraktion Bauchschmerzen, was den eben geschilderten behördlichen Umgang mit den Bestandsimkern angeht.

Aus unserer Sicht ist der vorliegende Entwurf leider nur eine „halbgare Lösung“, weswegen wir uns bei der Abstimmung enthalten haben.



von  
Silke **Grimm**  
MdB

## Die LSBTTIQ\*-Spielwiese der Linken



Diese Abkürzung steht für lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, transsexuelle, intergeschlechtliche und queere Menschen.

Der ein oder andere hat sich mit dieser Thematik ggf. schon auseinandergesetzt. Auseinandersetzung gut und schön, das reicht aber nicht. Wichtig ist, ob die Sachsen auch die „richtige“ Einstellung gegenüber diesen speziellen sexuellen und körperlichen Prägnungen haben. Das fragt sich zumindest „Die Linke“ und setzte deshalb dieses Thema (Drs. 6/8236) auf die Tagesordnung der 72. Sitzung des Sächsischen Landtags am 30. Mai 2018.

Mit ihrem Antrag wollen die Linken u. a. den Stand der gesellschaftlichen Akzeptanz von LSBTTIQ\*-Lebensweisen in Sachsen untersucht wissen. Dazu fiel mir spontan ein berühmtes Zitat ein: „Jeder soll nach seiner Façon selig werden.“ So drückte es jedenfalls einst Friedrich der Große aus. Keinem Menschen ist es verboten zu leben, wie er will, und zu lieben, wen er will. Das gilt in Sachsen und ganz Deutschland - natürlich im Rahmen unserer Werteordnung. Da gibt es kein Wenn und Aber.

Nichtsdestotrotz muss eine differenzierte und auch kritische Beschäftigung mit dem Thema möglich bleiben. Und genau hier liegt das Problem: Die Linke will gerade keinen offenen Meinungs austausch fördern, sondern das gewünschte Ergebnis am liebsten staatlich anordnen: ein Ja zu allen Lebensweisen, egal wie „bunt“ diese sind. Und wehe, da spielt einer nicht mit. Die Titulierung „Menschenfeind“ hat man dann schneller weg, als man bis 3 zählen kann.

Wie ideologisiert die Linke bei dieser Thematik ist, wird bei einem Antragspunkt besonders deutlich: Auch die Situation in der Bildung, insbesondere der schulischen und der akademischen Bildung soll hinsichtlich LSBTTIQ\* untersucht werden. Frühsexualisierung und Gendern-ohne-Grenzen lässt grüßen. Da sage ich: Nein Danke!

Das Schlimmste ist aber, dass die Linke - wieder einmal - Zustände anprangert, die sie selbst mitverursacht. Erst kürzlich beschwerte sie sich darüber, dass dem Sachsenmonitor zufolge die „Homofeindlichkeit“ in Sachsen um 4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sei.

Mit dem (linken) Beklatschen der Masseneinwanderung wurde aber gerade millionenfacher Hass gegen Homosexuelle, Transsexuelle, Juden, Christen und Deutsche, kurz gesagt gegen alles Nichtmuslimische importiert.

Die Linke verkent immer wieder die Wirkung ihres Handelns und wundert sich hinterher über negative Konsequenzen. Sie versucht sich ständig über eine vorgebliche Politik für Minderheiten zu profilieren und vergisst dabei zu oft die Mehrheiten - und ihre eigene Verantwortung.

Die AfD zeigt diese Missstände konsequent auf und geht dagegen vor, wie auch bei den anderen Altparteien.



von  
**Carsten Hütter**  
MdB

## Kompromiss ist Augenwischerei

Im Asylstreit zwischen CDU und CSU wurde keine wirkliche Lösung erzielt. Zukünftig soll es sogenannte „Transitzentren“ an der deutsch-österreichischen Grenze geben. Asylbegehrer sollen nach Österreich und in andere EU-Länder „zurückgeführt“ werden können. Für mich ist dieser sogenannte Kompromiss von CSU und CDU zu den ‚Transitzentren‘ eine Farce. Jetzt kann sich plötzlich Ministerpräsident Kretschmer diese Zentren an Sachsens Außengrenzen vorstellen, nachdem er jahrelang die Merkel-Asylpolitik mitgetragen und eifrig beklatscht hat.

Bis jetzt ist jede Lösung der CDU in der Asylpolitik gescheitert. Die Regierung sollte aufhören, die Bürger weiter zu belügen und endlich Taten sprechen lassen als nur inhaltlose Worte. Die CDU-SPD-Regierung in Sachsen sollte die Sommerpause nutzen, um endlich die 11.800 abgelehnten Ausreisepflichtigen abzuschicken, anstatt das Schmierentheater von Berlin nach Dresden zu verlegen. Um die Probleme zu lösen, brauchen wir konsequente Abschiebungen, Einführung von Grenzkontrollen, Geld- in Sachleistungen umwandeln sowie die Einhaltung der Dublin-Regeln.



von  
**Jörg Urban**  
MdB



## Linksterrorismus in Leipzig und nichts passiert

Wo gehört Ihrer Meinung nach ein Linksterrorist hin, der ein Bombenlabor aufbaute und sich Anschläge auf die Polizei wünscht? Richtig: Hinter schwedische Gardinen! Dies gilt umso mehr, da besagte Person vermutlich bei einer Tatvorbereitung einem Bekannten die Hand wegsprengte.

Doch in Leipzig ticken die Uhren anders: Mario F. (48), um den es hier geht, steht zwar derzeit vor Gericht. Der Haftbefehl gegen ihn wurde allerdings im April 2016 aufgehoben. Der Tatverdächtige darf auf [www.deutschland-verkommt.de](http://www.deutschland-verkommt.de) auch weiterhin gegen die Polizei hetzen.

Wie kann so etwas sein? In Leipzig gehört die Verharmlosung des Linksextremismus, der wie in diesem Fall schnell in Terrorismus umschlagen kann, zum guten Ton. Die Stadt subventioniert mit dem Conne Island ein Zentrum, in dem Linksextremis-

ten wiederholt Veranstaltungen durchführen durften (Drs. 6/2155). Zudem hat sich Oberbürgermeister Burkhard Jung in den vergangenen Jahren immer wieder in den „Kampf gegen rechts“ eingereiht, ohne sich dabei deutlich von der gewaltbereiten Antifa zu distanzieren. Als die Polizei vor einem Jahr vor „rechtsfreien Räumen“ warnte, erwiderte Jung, er sehe keine Gefahr von Linksextremen in seiner Stadt. Der Verfassungsschutz sieht Leipzig jedoch als eine Hochburg der militanten, linken Szene in Deutschland an. Dies zu bezweifeln, ist Realitätsverweigerung par excellence.

Doch auch der Freistaat Sachsen mit Innenminister Roland Wöllner (CDU) schläft: Es wäre das Mindeste, die Terroristen-Seite „Deutschland verkommt“ von Mario F. vom Netz zu nehmen. Seit 2015 ist bekannt, dass dort unter Verletzung der Impressumspflicht gegen die Polizei agitiert wird. Eine

ähnliche Webseite von Rechtsterroristen wäre binnen einer Woche offline. Da gehe ich jede Wette ein.

Die Regierung hofft aber anscheinend, der Bevölkerung solche Fälle weiter verschweigen zu können und sie zu narkotisieren. Dies betrifft auch andere Gefahren wie die ausufernde Ausländerkriminalität. Um diese einzudämmen, sollte ursprünglich die Leipziger Eisenbahnstraße seit Anfang des Jahres eine Waffenverbotszone sein, in der Polizisten verdachtsunabhängig kontrollieren dürfen. Doch der Regierung ist es seit einem Dreivierteljahr nicht gelungen, diese winzige kleine Maßnahme auch tatsächlich umzusetzen.



von  
Sebastian **Wippel**  
MdB



Symbolbild: Polizei

## Altparteien vergessen das eigene Volk

Jeder kennt die Bilder vom Dresdner Schlepperschiff „Lifeline“, welches an der libyschen Küste zielsicher Illegale auf See sucht, um sie dann nach Europa zu schip- pern.

Was anfangs noch als humanitärer Akt von Hilfe und Solidarität bewertet wurde, ist mittlerweile zu einer milliardenschweren Industrie in Europa, ganz speziell in Deutschland, herangewachsen. Die Ökonomen Prof. Sinn und Prof. Raffelhüschen beziffern die Kosten pro „Flüchtling“ auf 450.000 Euro - bei gelungener Integration. Das würde alleine nur für die 230 Migranten der „Lifeline“ Kosten von 103 Millionen Euro bedeuten. Gerne sprechen die Altparteien von Opfern vor Flucht und Vertreibung. Zur Erinnerung: In den letzten vier Jahren sind Millionen „Flüchtlingsopfer“ nach Deutschland gelangt, denen alle Sozialleistungen offen stehen.

Das aber auch die heimische Bevölkerung Opfer werden kann, zeigen die neuerlichen Hochwasserfluten im Vogtland.

Bei den Überschwemmungen am 24. Mai 2018 sind Schäden in Millionenhöhe entstanden – allein die kleine Gemeinde Adorf beklagt Schäden in Höhe von 3 Millionen Euro.

Während für Flutopfer nun 15 Euro pro Kopf an betroffene Kommunen überwiesen werden sollen und Zahlungen an private Geschädigte bisher ausgeschlossen wurden, hat der Freistaat Sachsen in den letz-

ten drei Jahren über 2,7 Milliarden Euro für angebliche „Flüchtlinge“ ausgegeben.

Wie ungleich die sächsische Staatsregierung die Situation bewertet, zeigt die Tatsache, dass alle AfD-Anträge und Gesetzentwürfe, die für die Bürger unseres Freistaates sind, immer wieder abgelehnt werden.

Jeder weiß, wie wichtig eine regelmäßige Schulmahlzeit für unsere Kinder ist. Leider können sich das nicht alle Eltern leisten und sparen auf Kosten ihrer Kinder. Daher hat die AfD-Fraktion einen Antrag (Drs. 6/6903) nach kostenlosem Schulessen – Kosten pro Jahr ca. 365 Millionen Euro – gestellt. Er wurde von allen Altparteien abgelehnt. Stattdessen spart man nun über eine deutlich verringerte Stundentafel bei den Schülern, damit 770 Vollzeit-Lehrerstellen eingespart werden können.

Diese Beispiele zeigen eines: Die Altparteien setzen falsche Prioritäten. Und das scheint mittlerweile einem System zu folgen: CDU und Co. machen seit Jahren eine unsoziale Politik gegen das eigene Volk, während illegale Einwanderer rundum versorgt werden. Das muss ein Ende haben. Wir sind die Alternative.



von  
Jörg Urban  
MdB



Symbolbild: Geld

## Lehrerverbeamtung: Rohrkrepieler oder Bombe?

**In der letzten Landtagssitzung sprach ich die Regierungsleistung der letzten Wochen an. Ein Thema war u.a. die Lehrerverbeamtung in Sachsen. Die schlug wie eine Bombe ein – leider an der falschen Stelle: Bei den Lehrern in den sächsischen Lehrerzimmern. Viele von den 25.000 Lehrern, die älter als 42 Jahre sind und nicht verbeamtet werden, fühlen sich als Lehrer 2. Klasse. Sie laufen nun Sturm gegen das Lehrerpaket.**

**Die vorfristige Einführung der Lehrerverbeamtung für Rückkehrer aus anderen Bundesländern ging durch alle Medien, war aber ein Rohrkrepieler.**

**Statt Hunderte von Rückkehrern werden lediglich knapp 40 zusätzliche Lehrer aus anderen Bundesländern ihren Weg nach Sachsen finden. Mit der Verbeamtung von jungen Lehrern bekommen wir keinen Konkurrenzvorteil. Wir ziehen damit lediglich mit den 14 Bundesländern gleich, die bisher schon verbeamteten. Dieser Versuch, Lehrer zu gewinnen, ist eine Luftblase.**

**Sachsen wird weiterhin auf Seiteneinsteiger angewiesen sein, um die Geschwindigkeit des Unterrichtsausfalls von derzeit 5 Prozent zu verlangsamen. Von Abbau wird schon gar nicht mehr gesprochen. Der sächsische Lehrerverband geht vielmehr davon aus, dass in den nächsten Jahren der Unterrichtsausfall wohl weiter steigen wird.**

**Die einzige Lösung, die die Regierung zu bieten hat: Sie reagiert mit Unterrichtsstreichungen: Sport, Mathe, selbst Deutsch. Effekt: ca. 770 Vollzeit-Lehrerstellen. Jede eingesparte Sportstunde werden wir in wenigen Jahren mehrfach mit höheren Gesundheitskosten und jede nicht unterrichtete Mathestunde mit fehlenden Ingenieuren teuer bezahlen. Das aber sind keine Lösungen, sondern neue Probleme.**



von  
André Barth  
MdB

## Alte Schulden und neue Sünden

Der Konflikt bei der in Sachsen geplanten Lehrerverbeamtung spitzt sich zu. CDU und SPD beharren sich weiter, von Einigkeit in der Koalition keine Spur. Während die nichtverbeamtungsfähigen Lehrer einen finanziellen Ausgleich fordern, meldet sich Kultusminister a. D. Frank Haubitz zu Wort und fällt seinen Kollegen in den Rücken. Obwohl die Verbeamtungspläne durch seine Initiative losgetreten wurden, fordert er nun die Lehrer auf, mit dem zufriedenen zu sein, was die Staatsregierung ihnen auftischt. Hat Herr Haubitz vergessen, dass die meisten seiner Kollegen leer ausgehen und aus Altersgründen nicht von der Verbeamtung profitieren können? Oder ist er mittlerweile doch CDU-Mitglied geworden? Wir wissen es nicht. Fest steht auf jeden Fall, dass es den Lehrern reicht. Wir finden, zu Recht.

Erinnern wir uns: Entlassungen, Zwangsteilzeit, Erhöhungen des Stundenumfangs, keine Neueinstellungen und eine unwürdige Behandlung von Bewerbern für eine Stelle im sächsischen Schuldienst. Das ist noch gar nicht so lange her und war Praxis seit Übernahme der Regierung durch die CDU – also seit fast 30 Jahren. Dass unsere altgedienten Lehrer endlich auch einmal eine Gegenleistung für ihre jahrelangen Entbehrungen fordern, ist nur recht und billig. 1,7 Milliarden Euro sollen für Minister Piwarz' Handlungsprogramm bis 2023 ausgegeben werden, davon 420 Millionen

allein für angestellte Lehrer.

Gewaltige Zahlen – auf den ersten Blick. Auf den zweiten Blick ist es nur das Geld, das die CDU-Staatsregierung jahrzehntelang zurückgehalten und so die Bildung nachhaltig kaputtgespart hat. Es ist der Kredit, den sie bei unseren Lehrern aufgenommen hat und jetzt zurückzahlen muss. Um die Zinsen zu begleichen, müsste eigentlich noch eine Schippe draufgelegt werden.

Wie sollen Lehrer ihren Schülern beibringen, was Gerechtigkeit ist, wenn sie selbst von der Staatsregierung ungerecht behandelt werden? Im Übrigen bleibt unklar, ob das Handlungsprogramm überhaupt zu einem „Mehr“ an Lehrern führt. Andere Bundesländer suchen ebenfalls händeringend nach Lehrern. Sie verbeamteten schon seit Menschengedenken – auch Grundschullehrer – und bieten im Kampf um die besten Köpfe weitere attraktive Angebote. Das neue Schuljahr steht an und weit über 1.000 Stellen müssen besetzt werden. Wir werden sehen, ob sich Sachsen auf dem unrühmlichen ersten Platz bei der Einstellung von Seiteneinsteigern behaupten kann.



von Karin Wilke



### Impressum

Blaue Post Nr. 17  
Juli 2018

### Herausgeber

AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag  
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Telefon: 0351 - 493-4222  
E-Mail: presse@afd-fraktion-sachsen.de  
info@afd-fraktion-sachsen.de

Redaktion: Albrecht Andreas Harlaß  
V.i.S.d.P.: Albrecht Andreas Harlaß  
Auflage: 170.000  
Erscheinungsweise: Monatlich

### Fotonachweise

Fraktion: S. 1, S. 8 (mitte), Autorenfotos

Privat: S. 3, S. 4, S.5, S.6, S.7

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinngemäß zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Die Blaue Post erscheint normalerweise viermal im Jahr. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen, müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.



AfD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG



AfD-Fraktion im Web:  
afd-fraktion-sachsen.de



AfD-Fraktion bei facebook:  
facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen



AfD-Fraktion bei Twitter:  
twitter.com/AfD\_SLT



AfD-Fraktion bei youtube:  
http://bit.ly/1L9TbIf

### Hinweis

Die Blaue Post ist auch als PDF-Download verfügbar: [www.blaue-post.de](http://www.blaue-post.de)

Weitere aktuelle Informationen über die AfD-Sachsen erhalten Sie unter [blaue-landespost.de](http://blaue-landespost.de) oder über [afdsachsen.de](http://afdsachsen.de). Dort können Sie sich auch in den Newsletter der AfD-Sachsen eintragen.

## Unser Land am Abgrund

Meine letzte Landtagsrede rief bei den Altparteien großen Unmut hervor. Grund war meine als Anklage vorgetragene Rede, mit der ich auf die untragbaren Missstände in unserem Land aufmerksam gemacht habe.

In Dresden schlagen hungrige Asylbewerber alles kurz und klein und gehen dabei massiv gegen Polizei- und Sicherheitskräfte vor. In Plauen begeht ein „Flüchtling“ 400 Straftaten und ist immer noch in Deutschland. In Flöha werden für den Bau einer Asylbewerberunterkunft für 24 Personen 1,5 Mio. Euro ausgegeben, die 53 Kinder- und Jugendeinrichtungen des Landkreises Mittelsachsen müssen mit 1,8 Mio. Euro auskommen.

Das ist aber noch nicht alles: In den letzten 2 Jahren stellten etwa 1,5 Millionen Asylforderer, meist ohne Pässe, einen Asylantrag. Darunter viele Analphabeten, Kriminelle, Antisemiten, Islamisten, Vergewaltiger, Messerstecher und Armutsmigranten. Hunderttausende Familiennachzügler, die nicht in der Asylbewerber-Statistik geführt werden, befinden sich bereits in Deutschland, weitere Hunderttausende sitzen auf gepackten Koffern. Beim BAMF werden Urkunden und ärztliche Atteste manipuliert, Identitäten verschleiert, zu Unrecht tausende positive Asylbescheide ausgestellt - und die Regierung wusste davon.

Kritiker im BAMF werden unter Druck gesetzt und in andere Bundesländer zwangsversetzt. Das schöne Bild darf ja keine Kratzer bekommen! Osteuropäer missbrauchen organisiert im großen Umfang unser Hartz IV-System. Andrea Nahles ist davon überzeugt, dass die „Flüchtlinge“ mittelfristig die Fachkräftelücke im Handwerk schließen können. In Bayern bei der Handwerks-

kammer spricht man davon, dass 70-90% der „Flüchtlinge“ ihre Ausbildung abbrechen. Göring-Eckhardt möchte, dass sich die Migranten in unseren Sozialsystemen zu Hause fühlen.

Frau Merkel sagte „wir schaffen das“ und ja, sie haben es geschafft, fast 1 Million der neuen Fachkräfte beziehen bereits Hartz IV. Auf Kosten der arbeitenden Steuerzahlers. Frau Nagel von den Linken möchte eine offene Einwanderungsgesellschaft und nimmt damit in Kauf, dass dies einen sozialen und gesellschaftlichen Suizid zur Folge hätte. Zwei Drittel der Schulabgänger Syriens liegen unter dem PISA I-Niveau und gelten demnach als Analphabeten. All das wird von den Altparteien getragen und unterstützt. Geltende Gesetze werden missachtet und Steuergelder in Milliardenhöhe verbrannt. Das kann man gar nicht oft und drastisch genug anprangern!

Die gesamte Rede finden Sie unter:  
<https://www.youtube.com/watch?v=knTLnuyAD38>



von  
**André Wendt**  
*MdL*



### Blauer Brief

von  
 Andreas-Albrecht **Harlaß**  
*Pressesprecher*

## 50 Jahre linkes 68erTraktat Die Erosion hat begonnen

Der linke Philosoph Jürgen Habermas nannte die Rebellen der 68er Jahre einst „Linksfaschisten“. Später revidierte er seine Aussage und deutet die Bewegung als Triebfeder für die „Fundamentalliberalisierung“ der deutschen Gesellschaft. Wobei es oft so ist, dass der erste Gedanke der richtige ist. Denn unterm Strich hat dieser seit 50 Jahren aktive, marxistisch-sexistisch-extremistisch beseelte Revoluzzer-Haufen nicht viel mehr erreicht als die totale Verunsicherung der Deutschen. Von solchem „Pipifax“ wie sexueller Revolution, anti-autoritärer Erziehung, Glorifizierung von Homosexualität und Affenliebe zu allen nichtweißen Völkern und Kulturen einmal abgesehen. Der Überdruß auf diese, seit 50 Jahren gelebte, Dekadenz und Egalität des Eigenen ist auf allen gesellschaftlichen Ebenen spürbar. Besonders deutlich wird er am Aufstieg der AfD, Pegida und am Wandel philosophischer Debatten. Junge Menschen lesen wieder Jünger, und das Pochen von Kulturmarxisten auf Einhaltung der ‚Political Correctness‘ verkommt immer öfter zur Lachnummer. Es wird nicht mehr lange dauern, dann gibt es an Schulen wieder „Frontalunterricht“ statt Stuhlkreise. Geschichtsdebatten werden nicht mehr nach Schema F (Deutsche und alle Weißen = Ausbeuter und Unterdrücker) geführt und das Verhältnis zur eigenen, deutschen Geschichte wird vom Kopf auf die Füße gestellt. Es gärt und brodelt unter dem ideologischen Eintopf mit den 68er verseuchten Altparteien darin. Noch hält der Deckel, aber irgendwann fliegt er weg. Je schneller, desto besser für Deutschland.

